



**BERLININFO**

**NR. 13**

**9. September 2016**



**Mechthild Heil MdB**  
**CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

**[www.mechthild-heil.de](http://www.mechthild-heil.de) | [www.facebook.com/MechthildHeil](https://www.facebook.com/MechthildHeil)**

Liebe Leserinnen und Leser,

Die schwarze Null ist kein Selbstzweck. Die Steuereinnahmen waren noch nie so hoch wie heute, der größte Teil davon geht an die Länder. Im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz, kommen wir im Bund sehr gut damit aus und erwirtschaften sogar einen Überschuss. Das ist verantwortungsvolles Handeln für die nachfolgende Generation.

Meine Rede zum Haushaltsplan „Recht und Verbraucherschutz“ finden Sie hier: <http://dbtg.tv/fvid/6998813>

Ihre

*M. Heil*

**Deutscher Bundestag**  
**Platz der Republik 1**  
**11011 Berlin**  
**Tel. (030) 227 77040**  
**Fax (030) 227 76423**



## **Breitbandförderung im Kreis Ahrweiler**

Es freut mich sehr, dass die Stadt Remagen zusammen mit den Verbandsgemeinden Altenahr und Adenau am Dienstag in Berlin den Förderbescheid zum Ausbau von schnellem Internet erhalten hat. Das gemeinsame Infrastrukturprojekt wird im Zuge des Breitbandförderprogramms des Bundes mit sieben Millionen Euro unterstützt. Gerade in ländlichen Regionen ist ein leistungsstarkes Internet ein Muss, sowohl für die Wirtschaft als auch für die Verbraucher. Heutzutage sind Betriebe und Haushalte auf schnelles und zuverlässiges Internet angewiesen. Daher freue ich mich besonders, dass unser Projekt vor Ort gefördert wird. Nach Erhalt des Förderbescheids kann nun im nächsten Schritt die Planung und Durchführung des Netzausbaus beginnen, damit unsere gesamte Region schnellstmöglich am technologischen Fortschritt teilhaben kann. Insgesamt fördert der Bund den Ausbau der digitalen Infrastruktur in unterversorgten Gebieten bis 2020 mit 4 Milliarden Euro



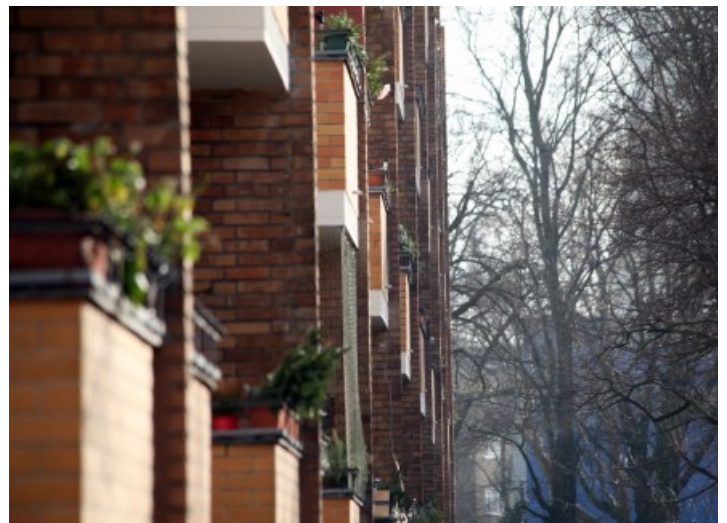
## Blick hinter die Kulissen – Tag der Ein- und Ausblicke voller Erfolg

Am Sonntag fand der 13. Tag der Ein- und Ausblicke des Deutschen Bundestages statt. Tausende Besucher nutzten die Möglichkeit, um das Parlamentsviertel von innen zu erkunden und einen Einblick in die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages zu erhalten. In diesem Jahr war ich auch für die Arbeitsgruppe „Recht und Verbraucherschutz“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Ansprechpartnerin dabei. Bei einer Podiumsdiskussion des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz zu dem Thema: „Wer hat mein T-Shirt genäht? – Was Politik für nachhaltigen Konsum tun kann!“ diskutierte ich u.a. mit Renate Künast darüber, was der Verbraucherschutz tun kann, um das Bewusstsein für nachhaltigen Konsum innerhalb der Politik und Bevölkerung zu fördern. Nach kurzer Debatte auf dem Podium konnten auch die Zuhörer ihre Fragen und Anregungen vortragen. Mir hat die Veranstaltung sehr viel Spaß gemacht, gerade die Gespräche mit den Kollegen und den interessierten Bürgerinnen und Bürger vor-, nach- und während der Podiumsdiskussion waren sehr angenehm. Insgesamt bot der Tag der Ein- und Ausblicke ein rundum informatives und unterhaltsames Programm für alle Altersgruppen und ermöglichte für die Gäste einen einmaligen Blick hinter die Kulissen des Deutschen Bundestages.



## Verbraucherministerium muss schnellstmöglich für Rechtsklarheit bei Immobilienkrediten sorgen

Am Dienstag fand ein „Runder Tisch“ mit der Bankwirtschaft und dem Bundesministerium für Recht und Verbraucherschutz (BMJV) statt, um über Probleme bei der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie zu diskutieren. Denn in letzter Zeit hatten sich die Anzeichen gemehrt, dass nach der Umsetzung der Richtlinie am 21. März 2016 bestimmte Altersgruppen Probleme haben, noch Immobilienkredite zu bekommen. Vor allem sind es junge Familien und Senioren, die Probleme haben, einen Kredit zu bekommen. Die Banken geben an, dass ihnen unbestimmte Rechtsbegriffe in der Richtlinie die Vergabe von Krediten erschweren. So fällt bei der aktuellen Kreditwürdigkeitsprüfung die eigene Immobilie weniger ins Gewicht und das Einkommen in den Vordergrund. Das führt vor allem dazu, dass Senioren weniger Chancen auf altersgerechte Sanierungen haben. Das BMJV muss hier nachlegen, damit keine Altersgruppen bei der Kreditfinanzierung diskriminiert werden.



## Wanderausstellung des Deutschen Bundestages in Andernach

Der Deutsche Bundestag präsentiert sich auf meine Initiative in der Zeit vom 19. September bis 23. September 2016 mit der Wanderausstellung „Deutscher Bundestag“ in der St. Thomas Realschule plus, Sallentstraße 1A in Andernach. Mit der Ausstellung unterstützt der Deutsche Bundestag seit vielen Jahren erfolgreich den Dialog zwischen den Abgeordneten und den Bürgerinnen und Bürgern. Auf einundzwanzig Schautafeln werden alle wesentlichen Informationen über den Deutschen Bundestag und seine Mitglieder gezeigt. Auf zwei Computerterminals können Filme, multimediale Anwendungen und der Internetauftritt des Deutschen Bundestages angeschaut werden. Weiterhin liegt Informationsmaterial zur Mitnahme bereit. Während der gesamten Ausstellungsdauer steht eine Honorarkraft des Referates Öffentlichkeitsarbeit als Ansprechpartner zur Verfügung.



## Alle Parteien haben Anlass nachzudenken

Das Abschneiden der CDU bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ist enttäuschend, darum muss man nicht herumreden. Von einer erstmals im Landtag vertretenen Partei auf den dritten Platz verwiesen zu werden, ist eine bittere Erfahrung. Aber wir dürfen nicht ignorieren, dass die SPD und die Linkspartei noch größere Verluste eingefahren haben. Die Grünen sind sogar aus dem Schweriner Landtag ausgeschieden. Alle Parteien haben spürbar an die Protestpartei verloren.

Die Wahl zeigt, dass die Flüchtlingspolitik den Ton der Debatte bestimmt hat. Die verbesserte Wirtschaftslage des Landes, die sinkende Arbeitslosigkeit, steigenden Löhne, steigende Renten, alles das spielte nur eine untergeordnete Rolle. Die Bürger haben Sorgen in der Flüchtlingsfrage: Werden nochmal so viele kommen wie im letzten Jahr? Kehren die Nicht-Verfolgten auch tatsächlich in ihre Heimatländer zurück?

Darauf geben wir als Union eine klare Antwort: Eine solche Situation wie im letzten Jahr wird sich nicht mehr wiederholen. Daran arbeiten wir seitdem mit aller Entschlossenheit auf nationaler und internationaler Ebene: Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit der Türkei, einem Partner, bei dem wir nicht mit allen Aktivitäten einverstanden sind.

Wir haben national das Asylrecht verschärft, wir stellen Milliarden für die Integration zur Verfügung, wir lassen Flüchtlinge früher ar-

beiten. Aber es sind noch Vorhaben offen und hier sind SPD und Grüne gefordert: Sigmar Gabriel soll in den rot geführten Landesregierungen dafür sorgen, dass der Bundesrat Tunesien, Algerien und Marokko zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Damit könnte er einen konkreten Beitrag zur weiteren Reduzierung der Asylbewerberzahlen leisten.

Es bleibt auch noch einiges zu tun: Bei der Rückführung der abgelehnten Asylbewerber müssen Bund und Länder ihre Anstrengungen verstärken. Der Schutz der EU-Außengrenzen muss intensiviert, Frontex zu einer richtigen europäischen Grenzpolizei ausgebaut werden. Schließlich müssen wir unsere Erfolge auch besser kommunizieren, denn die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge ist seit dem Frühjahr deutlich gesunken.

Wir lassen uns den Mut nicht nehmen und packen weiter an, auch um die Wahlkämpfe in Niedersachsen und in Berlin zu unterstützen. Die Union ist und bleibt die Kraft, die die besten Antworten auf die vielen Herausforderungen unserer Zeit hat.

## Stabilitätsanker Bundeshaushalt.

Sowohl im Bundeshaushalt 2017 als auch in der mittelfristigen Finanzplanung setzen wir unsere Schwerpunkte auf die innere und äußere Sicherheit sowie den Ausbau der Infrastrukturinvestitionen. Wir stocken etwa die Ausgaben für innere Sicherheit bis 2020 um insgesamt fast 2,6 Mrd. EUR auf. Für Arbeit und Soziales ge-

ben wir Milliarden mehr aus, in Bildung und Forschung investieren wir im nächsten Jahr 1,2 Mrd. EUR mehr – das alles zeigt: Wir investieren auf allen Gebieten, die den Bürgern konkret zu Gute kommen.

Mit dem Bundeshaushalt 2017 haben wir zudem die Chance, die gesamte Wahlperiode ohne Neuverschuldung zu gestalten. Damit pflegen wir den Markenkern der Union, entlasten die jungen Generationen und erarbeiten dem Bund immer größere Spielräume der politischen Gestaltung.

## Ergebnisse der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes.

Auf der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes haben wir uns in der vergangenen Woche nicht nur mit dem Bundeshaushalt beschäftigt, sondern auch die Weichen für mehr innere und äußere Sicherheit gestellt. Unser Gast, NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, sprach sich für eine klare Haltung gegenüber Russland aus und lobte den deutschen Einsatz für ein friedliches, aber selbstbewusstes Europa. Gleichzeitig haben wir mit unserem Positionspapier zur inneren Sicherheit weitere Möglichkeiten zusammengestellt, mit denen der islamistische Terrorismus bekämpft werden soll. Weiterhin wollen wir Kinder-ehen in Deutschland verbieten. Arrangierte Ehen mit 14 oder 15 Jährigen sind mit unseren Werten unvereinbar. Schließlich haben wir beschlossen, die Digitalisierung der Bildung, der Wissenschaft und der Forschung durch fünf zusätzliche Initiativen ab 2017 zu verstärken.



## Besuch aus Münstermaifeld

Am Montag war die 10. Klasse des Kurfürst-Balduin-Gymnasium zu Gast im Deutschen Bundestag. Da in dieser Haushaltswoche die Fraktionssitzung bereits am Montagabend stattgefunden hat, konnte ich leider nicht an dem Gespräch teilnehmen. Dafür haben meine Mitarbeiter über meine Arbeit im Parlament berichtet. Ich hoffe, dass die Gruppe einige Informationen mitnehmen konnte und sie eine gute Zeit in Berlin hatte. Das Wetter hat jedenfalls schon mal mitgespielt



## Daten und Fakten

**Deutschland profitiert von Globalisierung.** Bedingt durch die voranschreitende Globalisierung hat sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt seit dem Jahr 1990 jährlich um durchschnittlich 1.130 EUR pro Kopf erhöht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann Stiftung, die dazu die Auswirkungen der Globalisierung auf 42 Staaten – darunter sowohl Industrienationen als auch Schwellenländer – untersucht hat. Zwar geht die durch einen Index gemessene Globalisierung seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 flächendeckend zurück, trotzdem erzielt Deutschland zusammen mit weiteren Industrieländern wie Japan, der Schweiz, Finnland und Dänemark immer noch die höchsten globalisierungsbedingten Zuwächse beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Die fortschreitende Globalisierung sorgte dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt in der Gesamtheit aller 42 untersuchten Länder seit 1990 im Schnitt um fast 970 Mrd. EUR pro Jahr gewachsen ist – dies entspricht in etwa der Wirtschaftsleistung einer mittelgroßen Volkswirtschaft wie Spanien oder Südkorea.

**(Quelle: Bertelsmann Stiftung)**

**Einkommen steigen stärker als Mieten.** Die Mieten bleiben in Deutschland in der Breite stabil oder werden relativ zum Einkommen sogar günstiger. Zwar stiegen die Mieten seit 2010 durchschnittlich um 10,2 Prozent, im gleichen Zeitraum erhöhten sich die durchschnittlichen Einkommen jedoch auch um 11,5 Prozent. Wer 25 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Miete ausgibt, bekommt durchschnittlich 94 Quadratmeter Wohnfläche – zwei Quadratmeter mehr als noch vor sechs Jahren. Im Landkreis Dingolfing-Landau reicht ein Viertel des Durchschnittseinkommens für 125 Quadratmeter Wohnfläche, in den Studentenstädten Trier, Freiburg, Heidelberg und Würzburg für lediglich 60 Quadratmeter. Selbst in den Großstädten München und Frankfurt konnte die entsprechende Wohnfläche um einen beziehungsweise drei Quadratmeter zulegen. Überproportionale Mietsteigerungen konzentrieren sich nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln auf wenige Orte wie Berlin, Stuttgart oder Dortmund, wo die Kaufkraft nicht im selben Maße stieg wie die Preise.

**(Quelle: IW Köln)**

**Handel mit Kanada gestiegen.** Nach vorläufigen Ergebnissen wurden zwischen Deutschland und Kanada im Jahr 2015 Waren im Wert von insgesamt 13,9 Mrd. EUR gehandelt. Das waren knapp 70 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Kanada liegt damit auf Platz 31 der wichtigsten Handelspartner Deutschlands. Insgesamt exportierte Deutschland 2015 Waren im Wert von 9,9 Mrd. EUR nach Kanada. Zu den wichtigsten Exportgütern zählten Kraftwagen und Kraftwagenteile (2,9 Mrd. EUR) sowie Maschinen (1,6 Mrd. EUR). Die Importe aus Kanada beliefen sich auf rund 4 Mrd. EUR. Wichtigste Importgüter waren Erze mit einem Handelsvolumen von 656 Mio. EUR.

**(Quelle: Statistisches Bundesamt)**